

## 2.

# Der Kampf um Oberschlesien, oder die Aufstände der Jahre 1919–1921

Seit der Beendigung des letzten der schlesischen – eigentlich ober-schlesischen Aufstände –, ist beinahe ein ganzes Jahrhundert vergangen. Daher ist es heute nicht mehr möglich, aktive Teilnehmer dieser Ereignisse zu finden. Die letzten noch lebenden Zeitzeugen der Jahre 1919–21 waren damals kleine Kinder.

Mit den Aufständischen und ihren Gegnern sind gewissermaßen sowohl die Aufstände als auch die Volksabstimmung in den Schatten gerückt. (Der Volksabstimmung widmen wir gesondert das Kapitel 3.) Die Jubiläumsfeierlichkeiten, die noch vor dem letzten Krieg sowohl von Polen als auch von Deutschen prachtvoll gefeiert wurden, sind heute auf kurze Erwähnungen in der Lokalpresse reduziert. Das Gedenken an die schlesischen Aufstände aus der Zeit der Volksrepublik Polen wird von der einheimischen Bevölkerung oft mit Kundgebungen auf dem St. Annaberg und überlangen, floskelreichen Reden damaliger Politiker in Verbindung gebracht.

Trotzdem hat sich das Thema des deutsch-polnischen Konflikts dauerhaft im Bewusstsein der Einwohner der Region etabliert. Die Entscheidungen, die die Oberschlesier zu jener Zeit trafen, führten nicht selten zu dramatischen Spaltungen innerhalb der Familien. Nie mehr gelang es, die damals entstandenen Missverständnisse und Konflikte zu überwinden. Das ist einer der Gründe dafür, warum die Aufstände weiterhin ein heikles Thema sind, sogar eine Art Tabu darstellen.

Hier beschreiben wir den Verlauf der drei bewaffneten Konflikte um Oberschlesien, die in den Jahren 1919–1921 stattgefunden haben.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sollten die Westmächte über die Zukunft Oberschlesiens entscheiden. Das nach seinen Teilungen wiedererstandene Polen erhob Ansprüche auf diese bisher deutsche Region. Anfänglich schien es sogar, als würde der größte Teil des Regierungsbezirks Oppeln an Polen angeschlossen werden, mit Ausnahme der Gebiete, in denen es unumstritten war, dass die Mehrheit der Bevölkerung ausschließlich Deutsch sprach.

Die zu jener Zeit bereits verhältnismäßig große Gruppe von Oberschlesiern mit polnischem Nationalbewusstsein hoffte ebenfalls, dass die Grenzposten an der Prosna, Lisswarthe oder Brinitza tatsächlich verschwinden würden. Unter ihnen gab es auch welche, die es dahin bringen wollten, ohne die bald auf internationaler Ebene zu treffenden Entscheidungen abzuwarten.

Sowohl den Regierenden in Deutschland als auch in Polen war bewusst, dass man danach streben musste, die Situation auf jede mögliche Weise zu eigenen Gunsten zu entscheiden, selbst wenn man dabei Gewalt anwenden musste. Deshalb führten beide Seiten, nachdem die Alliierten die Macht im Abstimmungsgebiet übernommen hatten, ein doppeltes Spiel: Einerseits konzentrierten sie sich auf diplomatische Bemühungen und später auf den Propagandakampf vor der Volksabstimmung, andererseits bereiteten sie sich auf den bewaffneten Kampf vor.

Die polnischen Aktivisten in der Region wurden von der Idee des Aufstands „angesteckt“, der 1918/19 mit Erfolg im immer noch zu Preußen gehörenden Großpolen durchgeführt worden war und zur erneuten polnischen Staatsgründung geführt hatte.

Als am 11. Februar 1919 in Beuthen die erste Besprechung der Polnischen Militärorganisation Oberschlesien stattfand, nahmen Vertreter von Landkreiszellen aus dem ganzen polnischsprachigen Gebiet der Region daran teil. Erster Hauptkommandant der Organisation war zu jener Zeit der aus dem Kreis Rybnik stammende Józef Grzegorzek. Im Juni stellte sich heraus, dass die ursprüngliche Entscheidung der Westmächte über die bedingungslose Zuerkennung des Regierungsbezirks Oppeln an Polen wieder zurückgezogen wurde. Unter den Abmachungen des zu jener Zeit unterzeichneten Versailler Vertrages fand sich Artikel 88, in dem von der Durchführung einer Volksabstimmung die Rede war. Trotzdem strebten die Polen, entgegen den internationalen Absprachen, nach einer möglichst schnellen Ablösung Oberschlesiens von Deutschland. In der damaligen Situation bedeutete das den Versuch eines Anschlusses an Polen mit irregulären Mitteln und einen Verstoß gegen die geltenden Verträge.

Noch im Frühjahr 1919 kam es zum misslungenen Versuch, Kämpfe in der Umgebung von Rosenberg zu entfachen. Dieser lokale Aufruhr wurde von den Deutschen, übrigens etwas übertrieben, als der *Aufstand von Rosenberg* bezeichnet (und die Polen übernahmen mit der Zeit ebenfalls diese Bezeichnung). In Wirklichkeit handelte es sich um eine misslungene, von der polnischen Militärabwehr provozierte Aktion. (Die Vertretung des Abwehrbüros für das Oberkommando der Polnischen Armee befand sich damals in Tschenstochau, und der nächste Posten in Praszka). Der Befehlshaber der Operation, ein polnischer Agent namens Walenty Sojka (der aus der Gegend von Pleß stammte), erwies sich als unfähig. Die Verschwörer versuchten, Unruhen zu entfesseln, doch die örtliche Bevölkerung blieb passiv. Es gelang ihnen nicht, Waffen zu erobern und die Verbindung des Landkreises zum Rest des deutschen Reiches zu unterbrechen. Aufgrund dessen zerstreuten sich die Aufständischen wieder.

Infolge der erwähnten Vorkommnisse kam es zur Enttarnung des polnischen Netzwerkes, was zu Verhaftungen und zur Flucht der Aktivisten führte (sogar derjenigen, die gegen die Verschwörung waren, z. B. des Pfarrers von Wysoka, des Priesters Kuczka, der die Führungspersonlichkeit der polnischen Bevölkerung im Landkreis war). Einer der Aktivisten, Izydor Murek, wurde in der Nähe seines Hauses in Frei Kadlub vom Grenzschutz getötet. Das Gerichtsverfahren gegen die übrigen Aktivisten (die hauptsächlich aus Zembowitz stammten) fand im Juli 1919 in Oppeln statt. Die höchsten Urteile erhielten Stanisław Węgier aus Rosenberg (der aus Kongresspolen stammte) und Franciszek Maroń aus Lowoschau. Beide wurden zu fünf Jahren strengen Gefängnisses verurteilt.